Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 20. Januar 1926
Mittwoch Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979–5999. Postscheck Berlin Nr 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
Nr. 31
20. 1. m
10 Pfennig

Die neue Regierung gebildet.

Des Reichspräsidenten entscheidendes Eingreifen.

Das zweite Kabinett Luther.

Dr. F. K. Das neue Kabinett ist endlich gebildet. Angesichts der zupackenden Energie des Reichskanzlers Dr. Luther, der am gestrigen Nachmittag nach allzu langem Zögern seine bisherige Taktik radikal änderte und den Fraktionen eine fertige Ministerliste präsentierte, dann aber vor allem angesichts des warmen und überzeugenden Appells des Reichspräsidenten v. Hindenburg sanken die persönlichen Interessen und die Winkelzüge der Fraktionen in sich zusammen. Die Krise, die seit Oktober alle Leidenschaften aufrührt, ist gelöst. Mit einem Aufatmen wird im deutschen Volk die Tatsache an sich begrüßt werden, daß die Probleme nun angefaßt werden sollen, die mit täglich wachsender Schwere auf uns allen lasten. Die Bahn ist frei auch für die auswärtige Politik. Gewiß mag sie in diesen Monaten nicht untätig gewesen sein. Aber die nötige Resonanz im Volke mangelte ihr. Die Kritik war infolge des Ueberwiegens der inneren Querellen zurückgedrängt. Nicht zum Vorteil des Ganzen.

Abgestempelt ist das neue Kabinett zunächst durch die beiden Männer, die auf den wichtigsten Plätzen schon der vorigen Regierung angehörten, den Reichskanzler Dr. Luther und den Außenminister Dr. Stresemann, Bürgen für die zielbewußte Auswertung der Politik von Locarno. Es braucht über die Locarno-Verträge heute nichts Grundsätzliches gesagt zu werden. Was das deutsche Volk aber von Reichskanzler und Außenminister mit größtem Recht verlangen kann, ist, daß sie in der Führung der auswärtigen Politik aus dem „Anfang" am Lago Maggiore eine Entwicklung erkämpfen, die den Erwartungen unseres Volkes nach einer Erleichterung seiner Lage entspricht. Beiden Männern sind die Einzelheiten im Werden der Paktpolitik vollkommen geläufig; sie kennen die maßgebenden Minister unserer Gegenkontrahenten persönlich und beherrschen die Technik der Verhandlung. Wir glauben zu wissen, daß die Einmütigkeit, mit der alle Parteien im Auswärtigen Ausschuß die unfaire Verlängerung der Besatzung verurteilten, auf maßgebende Kreise im Gegenlager nicht ohne Eindruck geblieben ist. Unsere Gegner müssen sich sagen, daß es hier nicht um Parteifragen geht, bei denen man eine Gruppe gegen die andere ausspielen kann. Der glückliche Hinweis auf den engen Zusammenhang zwischen Besatzung und Völkerbundeintritt in der Resolution konnte seine Wirkung nicht verfehlen. Wenn die neue Regierung auf diesem Boden aufbaut, darf sie der Zustimmung weiter Volksteile sicher sein.

Das neue Kabinett Luther stützt sich parteimäßig auf die Fraktionen von der Bayerischen Volkspartei bis einschließlich der Demokraten. Das ist nach den aufregenden und fast entmutigenden Ereignissen des Montags möglich geworden mit durch die vornehme Geste des demokratischen Parteiführers Koch, der erklärte, an seiner Person dürfe die Regierungsbildung nicht scheitern, eine Haltung, die dazu beitragen sollte, den parteipolitischen Kampf einigermaßen zu entgiften. Von Ministern des ersten Kabinetts Luther sind in die neue Regierung noch eingetreten der bewährte Arbeitsminister Dr. Brauns, die tüchtigen Fachminister Stingl, Krohne und Herr Geßler. Wem es ehrlich um die Rückkehr zu einer ritterlichen Kampfesweise im politischen Leben zu tun ist, wird sich von den Eindeutigkeiten, die dem Reichswehrminister in den letzten Tagen serviert wurden, besonders angewidert fühlen. Heute gab man ihm in der Presse der Partei, der er angehört, mit kalten Worten den Laufpaß. Morgen umschmeichelte man ihn, weil seine Vermittlung auf dem Schachbrett der Parteipolitik wieder nötig erschien. Es ist höchste Zeit, daß diese unsachliche und verletzende Methode aufhört. Herr Geßler ist eine Persönlichkeit mit hohen Verdiensten um die Konsolidierung des Reichs. Wenn seine „Parteifreunde" diese Verdienste nicht wahrhaben wollen, ändern sie an den Tatsachen nichts.

Von neuen Männern gehören dem Kabinett neben dem früheren Reichskanzler Marx, der das Justizressort und das Ministerium für die besetzten Gebiete übernommen hat, die Reichstagsabgeordneten Curtius und Dr. Külz sowie der frühere sächsische Finanzminister Reinhold an. Die beiden letzteren sind aus der demokratischen Partei hervorgegangen, Herr Curtius ist Mitglied der Deutschen Volkspartei und durch seine Tätigkeit im Reichstag bekannt geworden. Zu wiederholten Malen hat er in sehr bemerkenswerter Weise zu aktuellen Fragen, insbesondere der auswärtigen Politik, gesprochen. Er gilt als eines der sachlich begabtesten Mitglieder des Reichstages, und man kann ihm in sein besonders wichtiges Ressort nur die besten Wünsche mitgeben.

Das zweite Kabinett Luther wird, nach dem ersten Eindruck zu urteilen, arbeitsfähig sein, und auch in den Kreisen, die die Taktik des Reichskanzlers bei seinen Verhandlungen scharf kritisiert haben, eine bessere Aufnahme finden, als die zuerst genannte Kombination.

Wir sehen weder für die linke, noch die rechte Flügelpartei einen Grund zu grundsätzlicher Opposition. Reichsinnenminister Külz kommt aus der Verwaltungspraxis und hat sich als besonnene, ausgleichende Persönlichkeit erwiesen. Der Reichsfinanzminister Reinhold ist in der Reichspolitik noch ein unbeschriebenes Blatt; jedenfalls geht ihm ein guter Ruf voran. So halten wir es für wahrscheinlich, daß diese Regierung fruchtbringende sachliche Arbeit leisten kann. Man wird vor der endgültigen Urteilsbildung die Regierungserklärung abwarten müssen. Schon heute kann indes gesagt werden, daß der vaterländische Appell des Reichspräsidenten, der die Beendigung der Krise ermöglicht hat, ein notwendiger und staatsmännischer Schritt war.

Die Ministerliste.

W. T. B. meldet:

Nachdem im Laufe des Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der vom Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Besetzung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte nunmehr gebildet ist.

Das Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden.

*

Die Liste lautet folgendermaßen:

Reichskanzler: Dr. Luther,
Aeußeres: Dr. Stresemann,
Inneres: Dr. Külz (Dem.),
Finanzen: Dr. Reinhold (Dem.),
Wirtschaft: Dr. Curtius (D. Vp.),
Arbeit: Dr. Brauns (Zentr.),
Justiz: Marx (Zentr.),
Reichswehr: Dr. Geßler,
Post: Stingl (Bayer. Vp.),
Verkehr: Dr. Krohne (D. Vp.).

Das Ernährungsministerium ist zurzeit noch nicht besetzt; es wird wahrscheinlich ein Minister erhalten, der dem Zentrum nahesteht. Wenn eine Besetzung jetzt noch nicht erreicht werden sollte, so würde der Reichskanzler selbst das Ministerium zunächst verwalten. **Das Ministerium für die besetzten Gebiete bleibt zunächst unbesetzt, wird aber provisorisch von Minister Marx verwaltet werden.**

Die Fraktionsbeschlüsse.

Den Parteien war eine Frist bis 10 Uhr gesetzt worden.

Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei, die ja bereits durch das im Abendblatt mitgeteilte sachliche Kompromiß festgelegt waren — in der Personenfrage trat lediglich die Verschiebung Koch—Reinhold ein —, brauchten nicht lange Zeit, um sich schlüssig zu werden. Sie traten sofort nach Rückkehr ihrer Verhandlungsführer vom Reichspräsidenten zusammen und beschlossen die Zustimmung zu Luthers Liste. — Die Sitzung der

Demokraten

dauerte mehrere Stunden. Der Fraktionsvorsitzende Koch wiederholte seine Bitte, ohne Rücksicht auf seine Person die Entscheidung nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu treffen. Er erklärte, er wünsche selbst nicht einem neuen Kabinett anzugehören und empfahl, keinen Widerspruch gegen die vorgeschlagene Liste zu erheben, um in der schweren Bedrängnis des Vaterlandes eine parlamentarische Regierung zu ermöglichen. Nach langer Debatte faßte man folgende

Entschließung:

„Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten erhobenen, aus partikularistischen Gründen hervorgegangenen Einspruchs der Bayerischen Volkspartei gegen die Ernennung ihres Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Kabinettsbildung Beauftragte und die beteiligten Parteien diesen Einspruch nachdrücklich zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem neuen Kabinett nicht angehören zu wollen, und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hat, und nachdem durch die Berufung des Herrn Dr. Külz an seiner Stelle die Teilnahme eines Fraktionsmitgliedes gesichert ist, das den politischen Standpunkt des Fraktionsvorsitzenden im vollen Umfange teilt, stimmt die Fraktion der Bildung des vorgesehenen Kabinetts zu, damit im Interesse des Staates, der Wirtschaft und der Volkswohlfahrt ein parlamentarisches Kabinett sofort zustandekommen kann."

Der Beschluß der Demokraten wurde

kurz vor 10 Uhr

gefaßt, und zwar, wie verbreitet wurde, mit 10 gegen 10 Stimmen, wobei Dr. Kochs als des Vorsitzenden Stimme den Ausschlag gegeben habe. In dem ausgegebenen Bericht heißt es lediglich „mit ganz kleiner Mehrheit", die Fraktion sei sich einig darüber gewesen, daß „Gründe und Gegengründe sich beinahe die Wage hielten". Die linksdemokratische Berliner Presse, die in merkwürdiger Verkennung des üblichen geräuschvollen „Endspurts" jeder Krise allzu offenkundig über das Scheitern Luthers gejubelt hatte, wird mit diesem Ergebnis recht unzufrieden sein. Einigermaßen seltsam in der demokratischen Fraktionsentschließung wirkt die Feststellung, daß eigentlich nur ein „richtiger" Demokrat im Kabinett sitze, nämlich Dr. Külz. Und Minister Reinhold oder gar Dr. Geßler, den doch die Fraktion noch Montag abend sehr stark als Vermittler, Helfer und quasi Druckmittel in Anspruch zu nehmen suchte?

Der demokratische Parteiausschuß ist auf Sonntag, der Parteivorstand auf Sonnabend, 2 Uhr, nach Berlin einberufen worden.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Appell des Reichspräsidenten.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident empfing Dienstag nachmittag um 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien. Für die Deutsche Volkspartei erschien Reichsminister a. D. Dr. Scholz, für das Zentrum Reichskanzler a. D. Marx, für die Bayerische Volkspartei Abg. Dr. Leicht, für die Deutsch-demokratische Partei die Abgeordneten Reichsminister a. D. Koch, Dr. Haas und Erkelenz.

Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab:

„Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustandekommen muß."

Nachdem durch das Ausscheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Herrn Abgeordneten Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar weniger tragfähige, aber immerhin noch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig.

Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre dadurch das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen.

Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung nahe zu kommen. Es ist allerdings nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz auszuräumen.

Auf der anderen Seite erträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen.

Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. An Ansehung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüßen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend eine endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen.

Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre rechtlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrise beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird."

Im Anschluß hieran dankte der Reichspräsident dem Abg. Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung. Hierauf begaben sich die Vertreter der vier Parteien in die Reichskanzlei, um den Vorschlag des Reichskanzlers zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien entgegenzunehmen.

Berliner Sechstage-Rennen.

Der Stand des Berliner Sechstagerennens ist nach der 10-Uhr-Wertung am Dienstagabend folgender: 1. Rieger-Giorgetti, 264 Punkte, 2. Mac Namara-Horan 253, 3. Tonani-Sawall 144, 4. Hahn-Tietz 110, 5. Persyn-Debaets 96 Punkte, eine Runde zurück: 6. Bauer-Gottfried 135, 7. Gebr. Vandenhove 83, 8. Lorenz-Krupkat 73 Punkte, zwei Runden zurück; 9. Möller-Lewanow 144, 10. Dewolf-Stockelynck 84 Punkte.

„Elektra" in der Städtischen Oper.

Eine Aufführung unter Bruno Walter, die alle grausige Dämonie und allen ekstatischen Jubel dieser finsteren Tragödie des Hasses völlig ausschöpfte. Helene Wildbrunns erstaunliche Elektra, Marie Schulz-Dornburgs pervertierte Klytemnestra, Minni Ruske-Leopolds schön singende Chrysothemes und Wilhelm Rodes Orestes waren die großen Leistungen des Abends. Ueber ihnen das Genie Bruno Walters. Seine Arbeit sowie auch alles andere wird noch näher zu beleuchten sein. Der Erfolg wuchs zu ungeheuren Dimensionen; Richard Strauß selbst war anwesend und wurde viel bejubelt. **Schrenk.**

Sturmszenen im ungarischen Parlament.

Ministerpräsident Bethlen über die Fälscheraffäre.

kbg. **Wien**, 19. 1. (Eigenbericht.)

In der ungarischen Nationalversammlung haben heute nach den voraufgegangenen vergeblichen Versuchen, einen ruhigen Verlauf der Sitzung zu sichern, die erwarteten stürmischen Szenen gleich am Beginn der Sitzung eingesetzt. Ein riesiger Polizeiapparat sicherte vor dem Hause die Ordnung.

Der Präsident des Hauses ging nach einigen einleitenden Worten unter großer Stille sofort zur Frankenaffäre über. „Seit Trianon", sagte er, „hat Ungarn keine so schweren Prüfungen durchmachen müssen wie jetzt, wo der Weltskandal der Frankenaffäre Ungarn riesigen Schaden zufügt. Das Verbrechen muß auf das allerstrengste gesühnt werden, alles muß geschehen, um die ungarische Nation von dieser Schande zu befreien." Seine Worte fanden ungeheuren Beifall, nur die Sozialisten schwiegen.

Ministerpräsident Bethlen führte nach Wiederaufnahme der Sitzung folgendes aus:

Der Kurierpaß für Jankowicz

ist unter Beobachtung des üblichen Verfahrens ausgestellt worden. Selbst wenn der Chef des Hilfsamtes im Ministerium das Gepäck Jankowicz' geöffnet hätte, was nicht in seinen Aufgabenkreis gehört, hätte er nichts Sonderbares daran finden können, daß französische Franken darin enthalten waren, denn die ungarischen Behörden müssen häufig Geld ins Ausland schicken. Es wird nun gesagt, daß das Verfahren langsam in Fluß gekommen ist, und daß die Kommuniqués mangelhaft sind."

Abgeordneter Vincenz Nagy ruft: „Sie sind gefälscht!" (Großer Lärm.)

Graf Bethlen: „Ich fordere eine Erklärung für diese Verleumdung!" (Beifall rechts.) Anfänglich standen keine anderen Daten zur Verfügung, als daß Jankowicz im Haag festgenommen worden ist, und sich auf Nadosy berufen hat. (Großer Lärm links.)

Abgeordneter Ehn (Regierungspartei) ruft den Sozialdemokraten zu: „Was zahlt Ihnen Benesch?" Der Zuruf verursacht bei den Sozialdemokraten ungeheuren Lärm, der sich erst legt, als der Präsident den Abgeordneten Ehn zur Ordnung ruft.

Bethlen fährt fort: „Die Frage des Zusammenarbeitens mit der

französischen Polizei

ist vom Gesichtspunkt der nationalen Souveränität außerordentlich wichtig, haben doch auch wir im Jahre 1914 von den Serben eine polizeiliche Zusammenarbeit gefordert, die damals jedoch verweigert worden ist. Die Regierung ist zur weitgehendsten Zusammenarbeit bereit, sofern diese in internationalen Abmachungen und in den ungarischen Gesetzen eine Grundlage findet. Die Mitwirkung der ausländischen Beamten darf sich nur auf die Untersuchung von Strafhandlungen erstrecken, an denen das Interesse der ausländischen Interessenten offenkundig ist, in diesem Falle also auf Feststellung der in Verkehr gebrachten und der vernichteten Mengen falscher Noten sowie auf die Maschinen und die Mittel, die der Fälschung dienten. **Eine darüber hinausgehende Zusammenarbeit mußte in Ermangelung gesetzlicher Ermächtigung von der Regierung verweigert werden, da sie sich nicht immer weiter auf eine Bahn treiben lassen kann, die schließlich die ungarische Souveränität gefährdet.** (Beifall.) Obwohl die ungarische Regierung sofort die holländischen und französischen Behörden um die Bekanntgabe des Ergebnisses der Haager Untersuchung gebeten hat, ist dieser Untersuchungsbericht immer noch nicht in ihren Besitz gelangt." Der Redner gibt sodann seinem Befremden und seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß entgegen den internationalen Rechtsgepflogenheiten die ausländische Presse Tatsachen der Haager Untersuchung, wie beispielsweise der „Matin" das Tagebuch Jankowicz' zu veröffentlichen in der Lage ist, während die ungarische Regierung noch immer in Unkenntnis gehalten wird. Graf Bethlen fährt fort: „Was den

politischen Hintergrund

betrifft, der ebenfalls vollständig aufgedeckt werden muß, so sehen wir, daß die verschiedensten Personen in diese Angelegenheit verwickelt sind: den reichen, eine glänzende gesellschaftliche Position einnehmenden Windisch-Grätz, den armen zugrunde gegangenen Flüchtling, den auf einem der höchsten Beamtenposten stehenden Nádosy und den sozialdemokratischen Arbeiter." (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Farkas: „Wer ist der Sozialist?"

Graf Bethlen: „Das wissen Sie sehr gut, hat er sich doch einen sozialdemokratischen Abgeordneten zum Verteidiger gewählt. (Gemeint ist offenbar der Druckereiarbeiter Spanring, der den sozialdemokratischen Abgeordneten Györky zu seinem Verteidiger bestellte.) Es ist richtig, daß einzelne Personen materiellen Nutzen aus der Sache ziehen wollten, doch steht es außer Zweifel, daß sie in der überwiegenden Mehrzahl keinerlei materiellen Nutzen anstrebten. Es sind keinerlei Anzeichen vorhanden, daß irgendeine Putschgefahr bestanden hätte. Die Untersuchung muß ruhig abgewartet werden. Diese Frage läßt sich hier im Parlament nicht erledigen. Einzelne Parteien wollen ihre politischen Gegner in die Affäre verstricken."

Abg. Pakost: „350 Personen sind darin verstrickt!" Rufe: Namen nennen!

Bethlen: „Die Justiz wird die Angelegenheit bis in die letzten Einzelheiten verfolgen. Was die angeblichen politischen Ziele betrifft, so wollen wir daran keinen Anteil haben." (Beifall bei der bürgerlichen Rechten.)

Abg. Malasics (Sozialdemokrat): „Sie verleugnen Ihre Spießgesellen!" (Große Entrüstung rechts und in der Mitte.) Der Präsident erteilt Malasics einen Ordnungsruf.

Bethlen fährt fort: „Wenn man die Moral der Nation reinigen will, muß nicht nur das wirkliche Verbrechen, sondern auch der falsche Patriotismus ausgerottet werden. Wenn jemand um das Land wegen dieser Taten besorgt ist, so ist es die gegenwärtige Regierung, die in vierjähriger mühevoller Arbeit das Prestige Ungarns vor dem Ausland gehoben hat."

Nach einer kurzen Pause gibt der Ministerpräsident eine Blütenlese der falschen Nachrichten, die in die Auslandspresse Eingang gefunden haben, besonders einzelne Nachrichten der „Wiener Arbeiter-Zeitung" und mehrerer französischer Blätter, die von Gegensätzen zwischen dem Reichsverweser und Graf Bethlen, von einem

Albrecht-Putsch,

von den Beziehungen Kaiser Wilhelms, der bayerischen Hakenkreuzler und des rumänischen Faszistenführers Professor Cuza wissen wollen, was lebhafte Heiterkeit erweckt. Eine Nachricht des „Matin" besage, der Reichsverweser sei mitschuldig. (Große Entrüstung rechts und bei den Rassenschützlern.) Abg. Farkas (Soz.) ruft: „Das ist wahr!" Ungeheurer Lärm.)

Der Präsident fordert Abg. Farkas auf, zu erklären, auf wen sich sein Zwischenruf beziehe.

Abg. Farkas: Auf das Regierungssystem. Rufe rechts: „Er lügt! Feiger Maulheld!"

Als Graf Bethlen verschiedene Nachrichten des Wiener „Abend" verliest über die angebliche Verhaftung des Kabinettschefs Bartha, des Staatssekretärs Pronay, der Abgeordneten Eckhardt und Ulain usw. rufen die Sozialisten: „Das ist ein Kabarett!"

Graf Bethlen erwidert: „Das ist kein Kabarett. Es handelt sich um die Ehre der Nation. Als Quelle dieser Nachrichten ist Budapest angegeben. Wer Konnexionen mit diesen Blättern hat, möge daher dahin wirken, daß sie keine solchen Lügen schreiben. Denn solange sie dies nicht tun, sind sie verdächtigt."

Abg. Peidl (Soz.): „Gemeiner Verleumder!" — Dieser Zuruf verursacht einen ungeheuren Sturm, und Abg. Peidl wird von der Mehrheit des Hauses, der sich auch Graf Apponyi anschließt, vor den Immunitätsausschuß geladen.

Graf Bethlen: „Das System, das durch die Regierung vertreten ist, ist

kein gegenrevolutionäres System,

sondern ein auf nationaler Grundlage stehendes konservatives System, das die Verbrechen in gleichem Maße verurteilt, unter welchem Titel und aus welchen Interessen sie auch verübt werden. Gab es in der Vergangenheit Fehler in der Rechtsordnung, so konnen die Gründe hierfür nicht im Mangel einer ehrlichen Absicht der Regierung gesucht werden. Die Ursachen hierfür liegen darin, daß in breiten Schichten der Gesellschaft der Haß, die Furcht vor der Revolution lebendig ist. (Beifall.) In unserem öffentlichen Leben und im Auslande zeigen sich Bestrebungen zur Abschaffung dieser Erscheinungen; es ist psychologisch unmöglich, daß die Erscheinungen der Gegenrevolution nicht zutage treten. Die Mutter der Gegenrevolution ist die Revolution, und diese beiden werden zusammen aus diesem Lande verschwinden. Sobald die Erscheinungen der Revolution verschwinden, muß zu gleicher Zeit auch die Agitation der Gegenrevolution aufhören. Als andere Ursache dafür, daß die Bestrebungen der Regierung nicht immer von Erfolg waren, ist der

Haß gegen das Trianoner System

anzusehen, also nicht nur eine innere, sondern auch eine äußere Rechtsordnung. Ich gebe zu, daß diese äußere Rechtsordnung formell besteht, sie entbehrt jedoch der moralischen Grundlage, auf der der dauernde Friede bestehen kann. Wir sind verpflichtet, diese formelle Rechtsordnung zu respektieren, aber ist es ein Wunder, wenn in einem Lande, das genötigt war, Trianon zu unterzeichnen und eine Reihe von Demütigungen zu erdulden, sich Leute finden, die sich gegen diese Rechtsordnung auflehnen und ihren Weiterbestand unmöglich machen wollen? Verschwörungen sind jedoch bloß geeignet, die Nation als Herd der Unruhe und Zügellosigkeit vor dem Auslande an den Pranger zu stellen. Uns steht nur der Weg offen, diese Rechtsordnung für unsere Zeit respektierend, von Schritt zu Schritt in ernster Arbeit und aus eigener Kraft dem Ziele zuzustreben, das letzten Endes dem Lande Achtung und Ansehen verspricht. (Großer Beifall.) Prinzipiell verschließe ich mich der Bestellung eines Parlamentsausschusses nicht, Vorbedingung hierfür ist jedoch die Respektierung der Unabhängigkeit der ungarischen Gerichte. Sobald sämtliche Einzelheiten der Angelegenheit vollkommen aufgedeckt sein werden, werde ich dem Hause neuerlich Bericht erstatten." (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Das Haus tritt sodann in die Verhandlung über das Budget ein.

Der deutsche Botschafter bei Briand.

a. **Paris**, 19. 1. (Eigenbericht.)

Den Blättern zufolge ist der deutsche Botschafter v. Hoesch heute nachmittag vom Ministerpräsidenten Briand empfangen worden. Es verlautet, daß sich die Unterredung auf den deutschen Protest gegen die unzureichende Verminderung der rheinischen Besatzungstruppen bezogen habe.

Paris, 19. 1. (W. T. B.) **Die Luftfahrtverhandlungen werden, nachdem die letzten Tage dazu gedient haben, über bestimmte Fragen auf Teilgebieten eine Klärung herbeizuführen, am Donnerstag in Kommissionssitzungen fortgesetzt werden.**

Das Irakparlament billigt den neuen Vertrag mit England.

Bagdad, 19. 1. (Sonderdienst der DAZ.)

Der neue Vertrag Englands mit der Irakregierung ist heute in der Kammer mit 58 Stimmen angenommen worden. 20 Mitglieder der oppositionellen Nationalpartei unter Führung Jasin Paschas nahmen an der Abstimmung nicht teil, sondern verließen vorher das Haus.

Reichstagsreform.

Von

Richard Bahr.

Seit fünf Jahren zum mindesten ruft man im Reich nach einer Revision von Wahlrecht und Wahlverfahren: wie kommt es, daß diese Rufe bislang das Ohr des Parlaments nicht erreichten? Es gibt keinen denkenden, seiner Verantwortung bewußten Abgeordneten, der von der Reformbedürftigkeit nicht durchdrungen wäre. Gibt sogar manchen, der mit lauterem Freimut das öffentlich zu bekennen pflegt. Wie geschieht es, daß unter so vielen Neuerungssüchtigen (rerum novarum cupidi) keine Hand sich rührt und von Session zu Session, von Wahl zu Wahl alles beim alten bleibt? Man hört wohl gelegentlich: den Parteien fehle zu solchem Werke die Kraft, die Regierung müßte vorangehen und die Egoismen der Interessenten niederzwingen. Das ist als Appell gedacht, wird aber meist im Tone des Vorwurfs vorgetragen. Doch dieser Vorwurf fällt bei näherer Prüfung zu Boden. Die Regierungen haben, auch wo sie sozialdemokratisch durchsetzt waren, im großen Durchschnitt ihre Pflicht getan. Es war der viel befehdete Severing, der vor bald zwei Jahren im preußischen Landtag einen Entwurf vorlegte, in dem er die Zahl der Abgeordneten zu halbieren vorschlug. War der sozialdemokratische Herr Löbe, der, als man im Dezember 1923 im Rechtsausschuß über die sogenannte zweite Novelle zum Reichswahlgesetz beriet, in seiner Eigenschaft als Reichstagspräsident die Abgeordnetenzahl um die Hälfte zu vermindern anregte. Dem Reichstag sind im ganzen vier solcher Novellen unterbreitet worden. Die zweite, die Ausgang 1923 Gesetz wurde, hatte mit wahltechnischen Verbesserungen sich begnügt. Nur im Vorbeigehen waren in der Begründung der Vorlage, behutsam und leise, die eigentlichen Probleme gestreift worden. Für eine wirkliche und große Reform, die auch die Art der Wahlkreise berührte, die Methode der Kandidatenauslese und die Verteilung der Abgeordnetensitze, hielt man die Zeit noch nicht für gekommen. Aber im August 1924 meldete sich das Reichskabinett — jetzt durch Dr. Jarres als federführenden Minister — mit einem neuen Entwurf, und der griff doch schon dem fressenden Uebel ans Herz. „Der Reichstag besteht aus 399 Abgeordneten", hieß es resolut im Paragraphen Eins. Und dann ward vorgeschlagen, wieder zum System der kleinen Wahlkreise zurückzukehren und nur nebenher, zur Erfassung der Reststimmen, sie zu größeren Wahlkreisverbänden zusammenzuschließen. Was an der Verhältniswahl gut ist, wäre so gerettet und doch gleichzeitig der hypertrophischen Entartung des Abgeordnetenkörpers gewehrt worden. Aber Krise und Auflösung schwemmten Entwurf und Vorarbeiten mit fort. Und im neuen Reichstag war der Rhythmus: Krise, Locarno und aber Krise. Inter arma silent artes. Auch die Künste der Reformgesetzgebung.

*

Vergegenwärtigen wir uns einmal den dermaligen Stand. Der Reichstag besteht zurzeit aus 493 Mitgliedern, und keine Gewähr ist gegeben, daß bei irgendeiner künftigen Wahl mit noch stärkerer Beteiligung diese Zahl höher schwillt. Ein paar Straßenzüge weiter tagt in demselben Berlin noch ein zweites Parlament, wieder von über 400 Abgeordneten. Und schließlich erfreuen wir uns auch noch des Reichswirtschaftsrats, der sich erst unlängst hat gebauet ein stattliches Haus. Zwei oder drei Länder — Bayern, Württemberg, Braunschweig — haben in den letzten Jahren die Zahl ihrer Landboten wohltätig beschränkt. Auch so bleibt dies arme, durch Krieg, Zusammenbruch und Inflation gegangene Deutschland das an Parlamentariern reichste Land der Erde. Für rund 2000 Volksvertreter (eher mehr als weniger) haben die Deutschen Diäten aufzubringen, in größerem oder engerem Bezirk Freifahrkarten bereitzustellen, Beratungs- und Arbeitsräume zu beschaffen. Allein für die Bargeldentschädigung könnten wir uns, seit die Diäten im Durchschnitt den fünften Teil eines Ministergehalts betragen, 400 Minister leisten. 400 Ministergehälter zu den einigen siebenzig in Reich und Ländern ohnehin vorhandenen: graut die Nutznießer nicht selber vor solchen Ziffern? Und dann die sogenannten „Sachlichen Kosten", die automatisch, unaufhaltsam wachsen mit der Zahl der Abgeordneten: Papier und Druck und Bedienung usw. u. s. f. Im alten Reichstag zählte man 397 Abgeordnete. Seither verloren wir Elsaß-Lothringen, verloren mit den 15 reichsländischen noch 34 weitere Wahlkreise. Ein ketzerischer Einfall: möchten für das um insgesamt 49 Wahlkreise verkleinerte Reich nicht auch 348 Abgeordnete schon genügen? Zugegeben: dem Parlament kommt — in der Theorie — heute größeres Gewicht zu denn ehedem. Damals war es im wesentlichen als Kontrollapparat gedacht, nun ward es zum eigentlichen Träger der Staatssouveränität. Aber stiegen Aufgaben und Bedeutung wirklich in solchem Ausmaß, daß die Zahl der Reichsboten durchaus um anderthalbhundert vermehrt werden mußte? Bei der konstituierenden Nationalversammlung, die schließlich den im Reich zusammengeschlossenen Deutschen die Verfassung zu schöpfen hatte, waren 433 Abgeordnete vorgesehen. Hinterher wurden es nur 423. Gilt nun auch von der parlamentarischen Arbeit, die — wieder in der Theorie — doch wohl Qualitätsarbeit sein soll, der Satz: die Masse muß es bringen?

*

Für seinen Vorschlag, die Zahl der preußischen Landboten zu halbieren, hatte Herr Severing anführen lassen: die Verringerung sei auch „insofern erwünscht, als sie eine Zu-